Reglement für die Einbürgerungskommission

Vom 13. Mai 2014 (Stand 1. August 2014)

Der Bürgerrat der Stadt Basel

erlässt in Ausführung von § 14 Abs. 2 Ziff. 9 sowie von § 16 der Gemeindeordnung der Bürgergemeinde der Stadt Basel vom 22. Oktober 1985 ¹⁾ für die Einbürgerungskommission folgendes Reglement:

§ 1. *Gegenstand*

¹ Dieses Reglement regelt die Organisation der Einbürgerungskommission und ihre Tätigkeiten, soweit diese nicht schon durch übergeordnetes Recht geregelt sind.

² Der Bürgerrat erlässt zusätzliche Richtlinien für die Einbürgerungskommission zu den ordentlichen Einbürgerungen von ausländischen Bürgerrechtsbewerbenden.

§ 2. *Geheimhaltungspflicht*

¹ Die Mitglieder der Einbürgerungskommission erhalten zu den durch sie zu beurteilenden Bürgerrechtsbegehren Informationen über besonders schützenswerte Personendaten. Die Mitglieder der Einbürgerungskommission unterliegen deshalb bezüglich der Informationen über die einzelnen Einbürgerungsgesuche der Geheimhaltungspflicht. Die übrigen Verhandlungen und Beschlüsse der Einbürgerungskommission sind von den Mitgliedern bis zur Veröffentlichung vertraulich zu behandeln.

² Die Mitglieder der Einbürgerungskommission haben dafür zu sorgen, dass die zugestellten Akten entsprechend der Geheimhaltungspflicht aufbewahrt und verwendet werden. Der Geheimhaltung unterliegende Unterlagen sind im Anschluss an die Sitzung der Einbürgerungskommission, an der die entsprechenden Einbürgerungsgesuche abschliessend behandelt werden, den Zentralen Diensten der Bürgergemeinde der Stadt Basel zur Vernichtung abzugeben.

§ 3. *Gesamteinbürgerungskommission*

¹ Die Gesamteinbürgerungskommission besteht aus allen Mitgliedern der Einbürgerungskommission inklusive Präsidentin oder Präsident und Statthalterin oder Statthalter. Die Gesamteinbürgerungskommission teilt sich in der Regel für die Behandlung von Einbürgerungsbegehren in mehrere Kammern auf.

² Die Gesamteinbürgerungskommission behandelt grundsätzliche Einbürgerungsthemen sowie Einbürgerungsgesuche mit Fragestellungen von übergeordneter Bedeutung und besondere Einzelfälle.

¹⁾ [BaB 111.100.](#)

³ Die Sitzungen der Gesamteinbürgerungskommission und der Kammern werden durch die Präsidentin oder den Präsidenten und die Statthalterin oder den Statthalter einberufen.

⁴ Auf Antrag der Präsidentin oder des Präsidenten oder der Statthalterin oder des Statthalters oder einer Kammer der Einbürgerungskommission werden Einbürgerungsgesuche der Gesamteinbürgerungskommission zur Beurteilung und zum Entscheid vorgelegt.

§ 4. *Entscheidungen der Einbürgerungskommission*

¹ Die Einbürgerungskommission respektive eine Kammer der Einbürgerungskommission stellt dem Bürgerrat Antrag auf Aufnahme ins Bürgerrecht, wenn die gesetzlichen Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt sind, oder auf Ablehnung, wenn die gesetzlichen Einbürgerungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind.

² In begründeten Fällen kann die Einbürgerungskommission respektive eine Kammer der Einbürgerungskommission ein Einbürgerungsbegehren selber bis zu drei Jahre zurückstellen und Bürgerrechtsbewerber danach zu einem zweiten Gespräch vorladen. Der Rückstellungsentscheid mit einer Kurzbegründung ist schriftlich mitzuteilen und enthält den Hinweis, dass die betroffenen Bürgerrechtsbewerber mit einem schriftlichen Begehren die Ausfertigung einer anfechtbaren, mit einer Rechtsmittelbelehrung versehenen Verfügung des Bürgerrats verlangen können.

³ Sind zu einem Einbürgerungsgesuch zusätzliche Abklärungen notwendig, damit die Einbürgerungskommission darüber befinden kann, so kann diese den eigenen Entscheid aufschieben und den Zentralen Diensten einen entsprechenden Abklärungsauftrag erteilen.

Schlussbestimmung

Dieses Reglement ist zu publizieren und wird am 1. August 2014 wirksam.